

VOLKER ULLRICH
DEUTSCHLAND
1923

Das Jahr am Abgrund C.H. BECK



Volker Ullrich
Deutschland 1923
Das Jahr am Abgrund

C.H.Beck

Zum Buch

«Jeder fühlt etwas Bedrohlichstes in nächster Nähe, niemand weiß, was wird.»

Victor Klemperer

«Kein Volk der Welt hat erlebt, was dem deutschen ‹1923›-Erlebnis entspricht», schrieb Sebastian Haffner im englischen Exil, und Stefan Zweig befand, dass die Geschichte noch «nie eine ähnliche Tollhauszeit in solchen riesigen Proportionen produziert» habe. Volker Ullrich erzählt auf breiter Quellenbasis die Geschichte dieses Jahrs am Abgrund, das in manchem auf fatale Weise an die heutige Gegenwart erinnert. Nach der vielgerühmten Hitler-Biografie und dem Bestseller «Acht Tage im Mai» legt der renommierte Journalist und Historiker nun das Panorama einer aus den Fugen geratenen Zeit vor, die Chronik eines in jeder Hinsicht extremen Jahres.

1923 erlebt Deutschland einen Sturz ins Bodenlose. Französische und belgische Truppen marschieren ins Ruhrgebiet ein. Die Hyperinflation erreicht ihren bizarren Höhepunkt und stürzt breite Bevölkerungsschichten ins Elend. Während die Vergnügungsindustrie boomt, herrscht politisch der Ausnahmezustand. Separatistische Bewegungen bedrohen den Bestand des Reiches, rechte und linke Extremisten setzen zum Sturm auf die Republik an, und in München bereitet ein Mann einen Putschversuch vor, dessen Name sich der Welt noch einprägen wird: Adolf Hitler.

Über den Autor

Volker Ullrich ist Historiker und leitete von 1990 bis 2009 bei der Wochenzeitung «Die Zeit» das Ressort «Politisches Buch». Zu seinen Werken gehören die zweibändige Biografie «Adolf Hitler» (2013 und 2018) sowie der Bestseller «Acht Tage im Mai» (62020 und C.H.Beck Paperback 22021).

Inhalt

Vorwort

I. Ruhrbesetzung und Ruhrkampf

II. Von der Inflation zur Hyperinflation

III. Versuche einer Krisenlösung:
die Große Koalition unter Stresemann

IV. Deutscher Oktober

V. Der Ruf nach der Diktatur

VI. «Los von Berlin»: Separatistische Bewegungen im Rheinland und
in der Pfalz

VII. Auf dem Weg zur Stabilisierung: Von Stresemann zu Marx

VIII. Kultur im Schatten der Krise

IX. Ausblick

Anhang

Dank

Anmerkungen

Vorwort

I.

Ruhrbesetzung und Ruhrkampf



II.
Von der Inflation zur Hyperinflation

III.
Versuche einer Krisenlösung: die Große Koalition unter
Stresemann

IV.
Deutscher Oktober

V.
Der Ruf nach der Diktatur

VI.
«Los von Berlin»: Separatistische Bewegungen im
Rheinland und in der Pfalz

VII.
Auf dem Weg zur Stabilisierung: Von Stresemann zu
Marx

VIII.
Kultur im Schatten der Krise

IX.
Ausblick

Quellen und Literatur

1. Quellen

1.1 Archivalische Quellen

1.2. Zeitungen und Zeitschriften

1.3. Gedruckte Quellen

2. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen

3. Literatur

Bildnachweis

Personenregister

Vorwort

«Möge 1923 besser werden, als dies nach jeder Richtung schlimmste 1922. Amen!» Mit diesen Worten beendete Hedwig Pringsheim, die Schwiegermutter Thomas Manns, ihren Tagebucheintrag am Silvesterabend 1922.[1] Sie dürfte kaum geahnt haben, wie schlimm es tatsächlich kommen würde. 1923 wurde zur größten Bewährungsprobe der noch jungen Weimarer Republik. «Kein Volk der Welt hat erlebt, was dem deutschen <1923>-Erlebnis entspricht», erinnerte sich der Journalist Sebastian Haffner 1939 im englischen Exil.[2] Und der Schriftsteller Stefan Zweig schrieb in seiner ebenfalls im Exil verfassten Autobiographie «Die Welt von gestern», er glaube, Geschichte gründlich zu kennen, doch seines Wissens habe sie «nie eine ähnliche Tollhauszeit in solchen riesigen Proportionen produziert».[3]

Von dieser «Tollhauszeit» handelt dieses Buch. Es war ein Jahr, in dem die Geldentwertung schwindelerregende Ausmaße annahm, in dem faktisch ein Ausnahmezustand in Permanenz herrschte, das politische System dem Kollaps nahe war, rechte und linke Extremisten zum Sturm auf die Republik ansetzten und separatistische Bewegungen den Bestand des Reiches bedrohten. Hinzu kam massiver Druck von außen. Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar und die sich daran

anschließenden Auseinandersetzungen wirkten in hohem Maße krisenverschärfend. Im Herbst 1923 stand das Land buchstäblich am Abgrund. Schon Zeitgenossen erschien es fast wie ein Wunder, dass die erste deutsche Demokratie diese existenzielle Gefährdung überlebte.

«The Great Disorder» – «Die große Unordnung» – hat der amerikanische Historiker Gerald D. Feldman seine voluminöse Darstellung des Inflationsjahrzehnts 1914 bis 1924 genannt.[4] Krieg, militärische Niederlage und Revolution hatten das scheinbar unerschütterliche monarchische System des Kaiserreichs hinweggefegt. Die neue, 1918/19 errichtete demokratische Ordnung kam aus dem nach-revolutionären Krisenmodus nicht heraus. Auch nach dem Abschluss des Friedensvertrages von Versailles und der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung blieb die Lage prekär. Die alten wilhelminischen Eliten aus Großindustrie, Großlandwirtschaft, Militär und Bürokratie verharrten in Fundamentalopposition gegen das «System von Weimar». Umsturzversuche von rechts und links erschütterten das Land. Politische Morde, verübt von rechten Terroristen an Repräsentanten der Republik, waren an der Tagesordnung. «Die Sicherheit für politisch Missliebige ist gegenwärtig in Deutschland geringer als in den verrufensten südamerikanischen Republiken oder im Rom der Borgia», konstatierte der Diplomat und Kunstmäzen Harry Graf Kessler im Mai 1920.[5]

Ihren bizarren Höhepunkt erreichte die krisenhafte Entwicklung mit der Hyperinflation 1923. Ganz Deutschland schien wie von einem Fieberwahn erfasst. «Die Zeit ist allzusehr aus den Fugen», klagte der in Dresden lehrende Romanist jüdischer Herkunft Victor Klemperer Ende Mai 1923, und Anfang September notierte er: «Jeder fühlt etwas Bedrohlichstes in nächster Nähe, niemand weiß, was wird.»[6] Dass alles wankte, es keine Sicherheiten mehr gab und auf nichts mehr Verlass war – das war das Grundgefühl dieser

Monate. Nicht nur verlor das Geld seinen Wert als Tauschmittel; im Wirbel der Inflation lösten sich auch die überkommenen Wertvorstellungen und Normen auf. Von einer «doppelten Entwertung» hat der Schriftsteller Elias Canetti zu Recht gesprochen. [7] Damit verbunden war ein fundamentaler Verlust des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen. Eine «Art Alltagsanarchismus», ein Kampf aller gegen alle war die Folge. [8]

Der Sturz ins Bodenlose, den Deutschland im Herbst 1923 erlebte, entzog sich jeder rationalen Erklärung. Er machte buchstäblich fassungslos. «Oft erscheint mir alles, was ich damals sah und erlebte, wie ein phantastischer Traum», erinnerte sich der Maler George Grosz, und er fügte hinzu: «Aber komisch: je höher die Preise stiegen, umso höher stieg die Lebenslust. Heiße, war das Leben schön!» [9] Das war die paradoxe Kehrseite jenes Elends, in das breite Bevölkerungsschichten durch den schlagartigen Verlust ihrer Ersparnisse gestürzt wurden. Eine unbändige Lust nach Zerstreuung, nach Räuschen aller Art griff um sich. Die Vergnügungsindustrie boomte wie nie zuvor. «Der Amüsierrummel erreichte Ausmaße, denen gegenüber die panisch enthemmten Gelage in den Pestjahren des Mittelalters wie schlichte Veranstaltungen gesitteter Gesangsvereine anmuteten», hat der DDR-Historiker Wolfgang Ruge pointiert geurteilt. [10]

Wer sich als Historiker mit dem Irrwitz dieser Zeit beschäftigt, sieht sich mit einem geradezu atemlosen Ablauf des Geschehens konfrontiert. Die sich überstürzenden Ereignisse und Entwicklungen folgten nicht einem zeitlichen Nacheinander, sondern liefen zum Teil parallel ab, überlagerten und verstärkten sich. Das hat Konsequenzen für die Darstellung. Die Geschichte des extremen Jahres 1923 sperrt sich gegen eine rein chronologische Erzählung. Aus Gründen der Übersichtlichkeit habe ich daher versucht, das verwickelte Knäuel der Krisenphänomene zu entwirren und die Fäden unter thematischen Gesichtspunkten neu zu ordnen. Daraus

ergibt sich eine die Chronologie immer wieder durchbrechende Kapitelfolge.

Das erste Kapitel behandelt die Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier im Januar, mit der das Krisenjahr eröffnet wurde. Es schildert die ruinösen Folgen des von der deutschen Regierung proklamierten passiven Widerstands, die letztlich zum Sturz des Reichskanzlers Wilhelm Cuno im August führten.

Das zweite Kapitel geht den Ursachen von Inflation und Hyperinflation nach und ermittelt, wer davon profitierte und wer dabei auf der Strecke blieb. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die deutsche Gesellschaft die rasante Entwertung der Mark erlebte und wie sich dadurch der Alltag der Menschen veränderte.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Bildung der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann und deren Versuchen, Wege aus der Krise zu finden. Dazu gehörten sowohl der Abbruch des passiven Widerstands im September als auch die Einleitung einer Währungsreform durch Gründung der «Rentenbank» Mitte Oktober.

Das vierte Kapitel berichtet von den Plänen der Moskauer Zentrale der Bolschewiki, das Chaos der Hyperinflation auszunutzen, um in Deutschland eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Die Initialzündung sollte der Eintritt der KPD in die SPD-geführten Regierungen in Sachsen und Thüringen sein. Der «deutsche Oktober» fand nicht statt – ein Aufstand in Hamburg wurde rasch niedergeschlagen –, doch die Folgen der gescheiterten Aktion waren gravierend. Denn das scharfe Vorgehen der Reichswehr gegen Sachsen und Thüringen, das in deutlichem Kontrast stand zur Nachsicht gegenüber dem abtrünnigen Bayern, führte zum Ausscheiden der SPD aus der Regierung und damit zum Ende der Großen Koalition.

Das fünfte Kapitel lenkt den Blick auf die andere Seite des politischen Spektrums: auf die von der radikalen Rechten im Herbst

1923 verfolgten Pläne zur Etablierung einer «nationalen Diktatur», in deren Mittelpunkt der Chef der Reichswehr, General Hans von Seeckt, stand. In diesem Kontext wird auch noch einmal ausführlich auf Vorgeschichte, Verlauf und Wirkungen von Hitlers Putsch in München am 8./9. November eingegangen. Er war, so zeigt sich, kein isoliertes Unternehmen, sondern ordnet sich ein in die Bestrebungen von maßgeblichen Kreisen in Industrie, Reichswehr und auf der politischen Rechten, das parlamentarische System von Weimar zu Fall zu bringen und eine autoritäre Ordnung zu errichten.

Im sechsten Kapitel geht es um die von Frankreich unterstützten separatistischen Strömungen im Rheinland und in der Pfalz, die im Herbst 1923 in der Proklamation autonomer Republiken kulminierten. Auch wenn diesen nur eine kurze Lebensdauer beschieden war, galten sie doch als Symptom für die Auflösung staatlicher Autorität im Westen des Reiches.

Das siebte Kapitel steht im Zeichen der Stabilisierung, die mit dem «Wunder» der am 15. November eingeführten «Rentenmark» ihren signifikantesten Ausdruck fand. Unter Stresemanns Nachfolger, dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, wurden die eingeleiteten Schritte zur Sanierung der Finanzen entschlossen fortgesetzt. Eine Tour d'horizon über Kommentare zum Jahresende macht deutlich, dass auch im Bewusstsein der Zeitgenossen das Größte überstanden war.

Das achte Kapitel fällt in gewisser Weise aus dem Rahmen des bislang skizzierten Krisentableaus. Denn im Unterschied zu den Zerfallerscheinungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zeichnete sich die Kultur von Weimar auch schon in den frühen zwanziger Jahren durch eine bemerkenswerte Blüte aus. Anhand von Beispielen aus Film, Theater, Literatur, bildender Kunst und Architektur wird gezeigt, zu welchen Leistungen avantgardistische Künstler und Kulturschaffende gerade in den schweren Zeiten der

Inflation imstande waren, aber auch, mit welchen Widerständen aus kulturkonservativen Kreisen sie zu kämpfen hatten.

Das neunte und letzte Kapitel unternimmt einen Ausblick auf das Jahr 1924, das mit der Annahme des Dawes-Plans Ende August eine vorläufige einvernehmliche Regelung der Reparationsfrage brachte. Der Weg zur Entspannung auch in der Außenpolitik war damit frei, die Nachkriegszeit definitiv beendet. Vor allem ist hier von Interesse, inwieweit die innen- und außenpolitische Konsolidierung der Republik nachhaltig war – oder ob sich hinter der Fassade einer scheinbar gefestigten parlamentarischen Demokratie neues Unheil ankündigte.

In den Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik stand – angefangen von der bahnbrechenden Studie von Karl Dietrich Bracher (1955) bis hin zu den großen Gesamtdarstellungen von Hans Mommsen (1989) und Heinrich August Winkler (1993) – die Frage im Vordergrund, warum die erste deutsche Demokratie bereits nach vierzehn Jahren unterging, um der verbrecherischen Diktatur des Nationalsozialismus Platz zu machen.[11] Seit Ende der 1990er Jahre sind demgegenüber verstärkt Tendenzen zu beobachten, die Republik nicht von ihrem Ende, unter der Perspektive ihres Scheiterns, darzustellen und zu deuten. Statt die Epoche zwischen 1918 und 1933 auf die Rolle eines bloßen Vorspiels des «Dritten Reiches» zu reduzieren, sollte sie, so lautet die Forderung, in ihrem «Eigenrecht» betrachtet werden, und das heißt, dass neben den belastenden Faktoren verstärkt auch nach den zukunftsfähigen Elementen zu fragen sei.[12] Gerade unter dieser Perspektive stellt sich 1923 als ein Schlüsseljahr dar. Denn an ihm lassen sich sowohl das Ausmaß der Gefährdungen als auch die Chancen einer Stabilisierung ablesen. Dass sich die Weimarer Republik auch unter den extremen Belastungen dieses Jahres behauptete, ist in jedem Fall ein starkes Argument gegen die

Annahme, sie sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen.
[13]

Die Exzesse der Inflationsperiode haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Nation eingebrannt. Die kalte Enteignung weiter Schichten der Bevölkerung – laut dem Urteil des linkssozialistischen Historikers Arthur Rosenberg «eine der größten Räubereien der Weltgeschichte»[14] – sorgte für eine ungeheure Verbitterung. Für viele Deutsche war die plötzliche Entwertung ihrer Vermögen und Ersparnisse eine traumatische Erfahrung, von der sie sich niemals ganz erholen sollten. Die Angst vor einer neuen Inflation wurde an die nachfolgenden Generationen weitergegeben. Sie ist in Deutschland bis heute viel virulenter als in anderen europäischen Ländern.[15] So erklärt sich auch, dass, als im Zuge der Corona-Pandemie die Preise stark anstiegen, sofort das Schreckgespenst der Hyperinflation von 1923 beschworen wurde. Man tut allerdings gut daran, die Unterschiede zwischen den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und der damaligen singulären Konstellation nicht aus den Augen zu verlieren. Die vorliegende Darstellung soll auch dafür den Blick schärfen.

Dieses Buch musste unter den erschwerenden Bedingungen der Corona-Pandemie geschrieben werden. Meine ursprüngliche Absicht, umfangreiche Archivrecherchen vorzunehmen, wurde dadurch vereitelt. Allerdings konnte ich besonders für Kapitel 5 auf Archivalien zurückgreifen, die ich im Zusammenhang mit meiner Hitler-Biographie gesammelt hatte. Wichtig war es mir wiederum, die Zeitgenossen in Tagebüchern, Briefen und Erinnerungen ausführlich zu Worte kommen zu lassen. Darin spiegeln sich, so eindrücklich wie in keiner anderen Quelle, die alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen in jenem Hexenkessel der großen Inflation vor hundert Jahren.

I.

Ruhrbesetzung und Ruhrkampf



Kurz nach der Besetzung des Ruhrgebiets am 11. Januar fährt ein französischer Panzerwagen durch die Straßen von Essen.

Das Jahr 1923 begann mit einem Paukenschlag: Am 11. Januar marschierten französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein. Zur Begründung wurde angeführt, dass Deutschland bei den vereinbarten Sachlieferungen zum Wiederaufbau der im Ersten Weltkrieg zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien in Rückstand geraten war. Ganz überraschend kam die spektakuläre Aktion nicht. Bereits in den Jahren zuvor hatten die Siegermächte immer wieder mit Sanktionen gedroht für den Fall, dass die deutsche Regierung ihren Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen würde.[1] Dabei war auch von einer Besetzung über die linksrheinischen Gebiete hinaus die Rede gewesen, die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages für fünfzehn Jahre entmilitarisiert bleiben sollten. Nachdem am 4. Januar eine Reparationskonferenz in Paris ergebnislos auseinandergegangen war, hatte sich die Situation rasch zugespitzt. «Die politische Lage ist jetzt wieder so, dass sie sogar stumpfe Nerven bedrückt: Franzosen-Einmarsch nach gescheiterter Reparations-Conferenz bevorstehend», notierte Victor Klemperer am 5. Januar in sein Tagebuch.[2]

Seit Kriegsende hatte der Streit um die Reparationen die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen dem besiegten Reich und den Alliierten dauerhaft belastet. Bereits im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 hatte Deutschland sich zur Abgabe von 5000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen verpflichten müssen. Im Versailler Vertrag, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles hatte unterzeichnen müssen, wurde der Anspruch auf Wiedergutmachung begründet mit dem Artikel 231, der die alleinige Verantwortung des Kaiserreichs und seiner Verbündeten für den Kriegsausbruch festgestellt und sie für alle daraus resultierenden Verluste und Schäden haftbar gemacht hatte. Allerdings wurde die Höhe der Summe, die Deutschland aufbringen musste, noch offengehalten. Artikel 233 bestimmte die Einsetzung einer

Kommission, die bis zum 1. Mai 1921 den Gesamtbetrag der Reparationen festlegen sollte. Bis dahin sollten 20 Milliarden Goldmark an Devisen und Sachwerten gezahlt werden.[3]

Die ungelöste Reparationsfrage blieb das beherrschende außenpolitische Problem der Nachkriegsära. Kompliziert wurde es dadurch, dass sich Frankreich, Belgien und auch England während des Krieges bei den Vereinigten Staaten von Amerika hoch verschuldet hatten. Solange die USA auf die vollständige Rückzahlung ihrer Kredite bestanden, musste ihren europäischen Partnern daran gelegen sein, von den Deutschen möglichst umfangreiche Reparationen zu bekommen.[4] Für die französische und belgische Regierung stellte sich diese Notwendigkeit umso dringlicher, als weite Gebiete von den deutschen Truppen bei ihren Rückzügen mutwillig zerstört worden waren – eine Tatsache, die ohne Wenn und Aber anzuerkennen sich alle deutschen Regierungen und weite Teile der deutschen Öffentlichkeit nach dem Krieg beharrlich weigerten. Als Harry Graf Kessler im August 1922 durch Nordfrankreich reiste, war er erschüttert über das Bild, das sich ihm vier Jahre nach Kriegsende immer noch bot: «Große unkultivierte Flächen, die von blühendem Unkraut überwachsen sind, und auch zwischen bestellten Feldern auffallend viele unbestellte. Zerschossene Häuser, eingestürzte Dächer, kleine Barackendörfer, neue Landhäuschen von trostloser Scheußlichkeit. St. Quentin ist nicht vollkommen zerstört, wie man gesagt hat, aber die Bahnhofstraße und viele Häuser sind noch immer, nach vier Jahren, Trümmerhaufen, und die Kathedrale thront fensterlos, unter einem Wellblechschuttdach als erhabene, weithin sichtbare Ruine über der zerschossenen Stadt. Chauny, Noyon sind im selben traurigen Zustand. Die Kathedrale von Noyon macht einen besonders erschütternden u(nd) großartigen Eindruck mit ihren beiden massigen, zerschossenen, von Gerüsten umgebenen Türmen.»[5]

Hinzu kam, dass in der französischen Regierung und Gesellschaft die Furcht vor einer deutschen Revanche allgegenwärtig war. Daraus erwuchs ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis, das sich durch die Besetzung der linksrheinischen Gebiete noch nicht hinreichend befriedigt sah. Die Reparationsfrage bot in den Augen französischer Politiker und Militärs einen geeigneten Hebel, um nicht nur ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern, sondern sich auch Eingriffsmöglichkeiten offenzuhalten.

Die britische Regierung unter Premierminister David Lloyd George hingegen war angesichts wachsender Schwierigkeiten mit ihrem Empire an einer Stabilisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa interessiert. Das hieß aber auch, dass Deutschland ökonomisch nicht so weit geschwächt werden durfte, dass dadurch die wirtschaftliche Erholung des europäischen Kontinents beeinträchtigt wurde. Aus diesem Grund war man in London eher geneigt, der deutschen Regierung in der Reparationsfrage entgegenzukommen, was wiederum zu Spannungen mit dem Hauptverbündeten Frankreich führen musste. Für die britische Politik der Nachkriegszeit stellte sich so die doppelte Aufgabe, es einerseits nicht auf einen Bruch der Entente ankommen, andererseits aber auch Frankreich nicht zu mächtig werden zu lassen.[6]

In einer Serie von Konferenzen suchten sich die Alliierten auf eine gemeinsame Linie gegenüber Deutschland zu verständigen. Auf der Konferenz im belgischen Spa im Juli 1920 stand die Frage der Reparationszahlungen noch nicht auf der Tagesordnung. Vielmehr konzentrierten sich die Debatten auf die deutschen Kohlelieferungen. Am Ende gelang es Lloyd George, den Franzosen die Zustimmung zur Reduzierung der Forderung von 2,4 auf 2 Millionen Tonnen für zunächst 6 Monate abzurufen. Der Gegenwert sollte zum Inlandspreis auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden. Es war das erste Abkommen nach dem

Krieg, das nicht durch Diktat, sondern durch Verhandlungen mit den Deutschen zustande kam.[7]

Erst auf einer Konferenz des Obersten Rats der Alliierten in Paris Ende Januar 1921 verständigten sich Briten und Franzosen auf einen gemeinsamen Reparationsplan. Danach sollte Deutschland insgesamt 226 Milliarden Goldmark innerhalb von 42 Jahren zahlen, wobei die Jahresraten mit 2 Milliarden Goldmark beginnen und nach und nach auf 6 Milliarden Goldmark ansteigen sollten. Außerdem sollte jährlich ein Betrag im Wert von 12 % des deutschen Exports abgeführt werden.[8] Diese Forderung sorgte in der deutschen Öffentlichkeit für ein böses Erwachen. «42 Jahre unendliche Milliarden zu zahlen», hielt Victor Klemperer in seinem Tagebuch fest. «Es ist so Kongo-artig, so bitter, so märchenhaft – wenn man an das denkt, was wir 1914 waren –, dass ich mich bemühe, erfolgreich bemühe, möglichst gar nicht daran zu denken.»[9] Reichspräsident Friedrich Ebert vertraute einem Brief an den ehemaligen preußischen Kriegsminister Walther Reinhardt von Anfang Februar 1921 an, es habe «Toren» gegeben, die geglaubt hätten, «das Schlimmste liege schon hinter uns»: «Umso niederschmetternder wirkten auf sie die letzten Ereignisse. Die Situation ist sehr ernst. Ob sich ein Ausweg findet, ist sehr zweifelhaft.»[10]

Auf der Londoner Konferenz von Anfang März 1921 wies Reichsaußenminister Walter Simons den Pariser Zahlungsplan als unannehmbar zurück, weil er die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands bei weitem übersteige. Stattdessen präsentierte er einen Gegenvorschlag: Die Reichsregierung erklärte sich zu einer Zahlung von 50 Milliarden Goldmark bereit, von der allerdings noch einmal 20 Milliarden, die bereits als Sachlieferungen geleistet worden seien, abgezogen werden sollten. Dieses Angebot betrachteten wiederum die Alliierten als völlig unzureichend. Nachdem Berlin eine Frist für die Annahme des Reparationsplans

hatte verstreichen lassen, machten sie ihre Sanktionsdrohung wahr und besetzten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Im gesamten besetzten Gebiet übernahm die Interalliierte Rheinlandkommission die Zollverwaltung.[11]

Ende April 1921 legte die alliierte Reparationskommission ihre Reparationsrechnung vor. Sie belief sich auf 132 Milliarden Goldmark – gegenüber den ursprünglich geforderten 226 Milliarden Goldmark bedeutete das eine erhebliche Reduzierung. Dennoch löste auch dieser Vorschlag in Deutschland Empörung aus. Von einer künftige Generationen belastenden «Schuldknechtschaft» war die Rede. Am 5. Mai 1921 bestellte Lloyd George den deutschen Botschafter in London ein und überreichte ihm ein Ultimatum: Blieben die Deutschen bei ihrer Verweigerungshaltung, kündigten die Alliierten für den 12. Mai die Besetzung des Ruhrgebiets an.

Der neue Zahlungsplan teilte die deutschen Verbindlichkeiten in drei Serien von Schuldverschreibungen (Bonds): Die «A»- und «B»-Bonds in Höhe von 50 Milliarden Goldmark sollten ab 1921 getilgt und verzinst werden. Die Bedienung der «C»-Bonds, die mit 82 Milliarden den größten Teil der Reparationen ausmachten, wurde auf eine unbestimmte Zukunft verschoben. Außerdem sollten 26 % des Wertes der deutschen Ausfuhr transferiert werden. Insgesamt ergaben sich daraus jährliche Zahlungen von rund 3 Milliarden Goldmark – zweifellos immer noch eine erhebliche Belastung, die aber gar nicht so weit von dem Angebot der Reichsregierung vom März entfernt lag und bei einer normalen Wirtschaftsentwicklung wohl auch hätte verkraftet werden können. [12]

Bereits einen Tag vor Eintreffen des Londoner Ultimatus war die Regierung unter dem Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach, der seit Juni 1920 einem bürgerlichen Minderheitskabinett aus Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Deutscher Volkspartei (DVP) vorgestanden hatte, zurückgetreten, nachdem der

Versuch gescheitert war, die Vereinigten Staaten für eine Vermittlerrolle zu gewinnen. Reichspräsident Ebert ernannte den badischen Zentrumspolitiker Joseph Wirth, zuvor Finanzminister im Kabinett Fehrenbach, zum neuen Reichskanzler. Er bildete ein Kabinett aus Zentrum, DDP und SPD. Es handelte sich also um eine Neuauflage der Weimarer Koalition von 1919/20; allerdings besaß sie im Unterschied zu damals keine parlamentarische Mehrheit mehr. Dennoch konnte der Reichstag am 10. Mai 1921 die Annahme des Londoner Ultimatums beschließen, weil auch die USPD und einige Abgeordnete der DVP zustimmten. Die Regierung Wirth hatte ihre erste Kraftprobe bestanden.[13] «Die Annahme des Ultimatums bedeutet keine Niederlage», kommentierte der radikaldemokratische Journalist und Pazifist Carl von Ossietzky in der «Berliner Volkszeitung», «sie kann eine neue und bessere Ära eröffnen, wenn man endlich von der Politik des Sich-Treibenlassens, die seit Versailles leider vorherrschte, zu eigener Aktivität übergeht. Im vergangenen Jahr lebte man allzu gern von der faulen Hoffnung, sich schließlich doch um die eine oder andere der auferlegten Verpflichtungen drücken zu können, und die Handlung war allein auf der anderen Seite; man ließ sich stoßen und drängen, und die Faust peinlich im Rücken spürend protestierte man. Das war unwürdig, unwürdig eines großen Volkes, das immerhin genügend Köpfe aufweisen sollte, die imstande sind, die Konsequenzen eines verlorenen Krieges zu erfassen.»[14]

Eben darum war es Wirth zu tun. Er wollte seinen guten Willen demonstrieren, indem er äußerste Anstrengungen unternahm, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen – dies allerdings mit dem Hintergedanken, gerade dadurch ihre Undurchführbarkeit unter Beweis zu stellen und sie in Verhandlungen mit den Alliierten auf ein für Deutschland akzeptables Maß zurückzuführen. Sein Ziel sei nicht, erklärte der Reichskanzler im Reichstag, «Erfüllungspolitik um ihrer selbst willen zu treiben, sondern der Welt durch die

Erfüllung im Rahmen des Möglichen den praktischen Nachweis zu erbringen, wo die Grenze des Erfüllbaren liegt und wo sie nicht überschritten werden kann».[15]

Mit dieser Strategie verfolgten Wirth und seine Mitstreiter noch eine weitere Absicht, nämlich die noch ausstehende Entscheidung über den Status Oberschlesiens zu Deutschlands Gunsten zu beeinflussen. Obwohl sich in einer Abstimmung im März 1921 eine deutliche Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hatte, beschloss der Oberste Rat der Alliierten am 20. Oktober 1921, der Empfehlung des Völkerbunds zu folgen und Oberschlesien zu teilen. Rund 25 % des Gebiets mit fast dem gesamten Industrievier fielen an Polen. Aus Enttäuschung über diese Entscheidung erklärte Wirth am 22. Oktober seinen Rücktritt, wurde aber von Ebert erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Die parlamentarische Basis seines zweiten Kabinetts war noch schmaler als die erste, weil sich die DDP diesmal verweigerte.[16]

Ein weiterer Umstand stellte Wirths «Erfüllungspolitik» vor scheinbar unüberwindliche Probleme: der rapide Kursverfall der Mark (auf dessen Ursachen im folgenden Kapitel eingegangen wird). Die Flucht ausländischen Kapitals setzte sich fort; Devisenüberschüsse für den Reparationstransfer zu erwirtschaften, erwies sich als immer schwieriger. Nur mit Mühe gelang es der deutschen Regierung, die erste Rate von 1 Milliarde Goldmark pünktlich zum 31. August 1921 zu überweisen. Aber es war absehbar, dass sich für die im Januar und Februar 1922 fälligen Raten die notwendigen Mittel nur schwer würden auftreiben lassen.[17]

Der Plan, eine große Anleihe auf den internationalen Devisenmärkten aufzunehmen, scheiterte angesichts des schwindenden Vertrauens in die deutsche Zahlungsfähigkeit. Und auch der Versuch, durch einen von der deutschen Industrie im Ausland aufzunehmenden Kredit zu einer gemeinsamen Lösung des

Reparationsproblems beizutragen, schlug fehl, weil die der DVP nahestehende Schwerindustrie, allen voran Hugo Stinnes, eine solche Aktion mit unannehmbaren Forderungen, unter anderem die Privatisierung der Reichsbahn, verband. Im Dezember 1921 musste die Regierung Wirth um einen Zahlungsaufschub bitten.[18]

Auf einer Tagung des Obersten Alliierten Rates in Cannes im Januar 1922 wurde den Deutschen ein vorläufiges Moratorium für die Januar- und Februarrate in Aussicht gestellt unter der Auflage, einen Plan zur Sanierung des Staatshaushalts vorzulegen. Dem kam die deutsche Regierung nach. Doch die Antwortnote der Reparationskommission vom 21. März 1922 war wiederum eine Enttäuschung. Zwar wurde ein partieller Zahlungsaufschub für das Jahr 1922 gewährt – Deutschland sollte nur 720 Millionen Goldmark in bar und zusätzliche Sachlieferungen entrichten –, doch wurde das Zugeständnis mit weitreichenden Bedingungen verknüpft, unter anderem durchgreifende Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, eine von der Reichsregierung unabhängige Stellung der Reichsbank und eine Kontrolle des Haushalts durch die Kommission. Diese Forderungen wies die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote vom 7. April zurück.[19]

Seit Jahresbeginn 1922 hatten sich die Aussichten auf ein einvernehmliches Reparationsabkommen weiter verschlechtert. Noch während der Konferenz in Cannes war der französische Ministerpräsident Aristide Briand zurückgetreten. In der nationalistisch erregten französischen Öffentlichkeit war ihm eine allzu nachgiebige Haltung gegen Deutschland vorgeworfen worden. Sein Nachfolger wurde Raymond Poincaré, der eine kompromisslose Linie in der Reparationsfrage vertrat. Poincaré hatte als Zehnjähriger 1870 den Einmarsch preußischer Truppen in seine Heimatstadt Bar-le-Duc im Département Meuse erlebt – eine Erfahrung, die seine Einstellung zu den Deutschen prägen sollte. Nach einer brillanten Karriere als Anwalt hatte er sich der Politik

zugewandt und in mehreren Kabinetten der Dritten Republik den Posten eines Unterrichts- und Finanzministers bekleidet. Als Ministerpräsident und Außenminister hatte er vor 1914 eine wichtige Rolle bei der Festigung des Bündnisses zwischen Frankreich und dem Zarenreich gespielt. Im Januar 1913 zum Präsidenten der Republik gewählt, war er in der Julikrise 1914 nach St. Petersburg gereist und hatte der russischen Regierung im Konflikt mit Österreich-Ungarn und dem deutschen Kaiserreich den Rücken gestärkt. Während des Krieges war er von seinem Gegenspieler, Ministerpräsident Georges Clemenceau, an den Rand gedrängt worden. Dennoch war er es, der am 18. Januar 1919 die Friedenskonferenz in Paris mit einer großen Rede eröffnen durfte, in der er Deutschlands Kriegsschuld brandmarkte, die besonderen Opfer Frankreichs herausstrich und daraus das Recht auf umfassende Wiedergutmachung ableitete.[20]

Poincaré bestand auf einer buchstabengetreuen Erfüllung des Versailler Vertrages und der darin vorgesehenen Zwangsmaßnahmen. Er war der Auffassung, dass die deutsche Regierung die Währung bewusst verfallen ließ, um sich vor ihren Reparationsverpflichtungen zu drücken. Angesichts der vermeintlichen deutschen Zahlungsunwilligkeit entwickelte er die Idee der «produktiven Pfänder», das heißt, ein Zahlungsaufschub kam für ihn überhaupt nur in Frage, wenn Frankreich dafür umfassende Sicherheiten und Garantien erhielt. Dabei dachte er in erster Linie an einen Zugriff auf die Kohlevorkommen des Ruhrgebiets. Letztlich zielte der Plan darauf ab, den potenziell gefährlichen Nachbarn im Osten in seiner Wirtschaftskraft nachhaltig zu schwächen, um dadurch die Machtverhältnisse auf dem Kontinent dauerhaft zugunsten Frankreichs zu wenden.[21] Die Frage war allerdings, wie man jemals hohe Reparationszahlungen erzwingen wollte, wenn gleichzeitig die ökonomischen

Möglichkeiten Deutschlands, sie zu leisten, radikal beschnitten wurden.

So stand denn auch die Konferenz in Genua, die auf Wunsch der britischen Regierung im April 1922 einberufen wurde, von vornherein unter einem ungünstigen Stern. An ihr nahmen die deutschen Delegierten – an ihrer Spitze Reichskanzler Wirth und der Industrielle Walther Rathenau, seit dem 31. Januar 1922 deutscher Außenminister – erstmals als gleichberechtigte Partner teil. In der Reparationsfrage wurden keine entscheidenden Fortschritte erzielt, weil Poincaré die französische Delegation unter Louis Barthou auf eine unnachgiebige Haltung festgelegt hatte. Das wichtigste Ereignis war nicht die Konferenz selbst, sondern das, was sich an ihrem Rand abspielte: Am 16. April unterzeichneten Rathenau und der russische Volkskommissar des Äußeren, Georgi W. Tschitscherin, im nahebei gelegenen Badeort Rapallo einen Vertrag. In ihm verzichteten die einstigen Kriegsgegner gegenseitig auf Reparationen und vereinbarten die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sowie eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. [22]

Unter den Westmächten löste der überraschende Vertragsabschluss erhebliche Irritationen aus. Der britische Premier Lloyd George, der mit großen Hoffnungen nach Genua gereist war, fühlte sich düpiert, und die französische Regierung sah sich in ihrem grundsätzlichen Misstrauen gegen Deutschland bestätigt. In einer Rede in Bar-le-Duc am 24. April bezeichnete Poincaré den Rapallo-Vertrag als einen feindseligen Akt und schloss die Möglichkeit einer militärischen Intervention Frankreichs nicht aus, sollte Deutschland weiterhin seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Auf ein substanzielles Entgegenkommen in der Reparationsfrage konnte die Regierung Wirth kaum noch hoffen. Harry Graf Kessler, der als Beobachter an der Konferenz teilnahm, stellte enttäuscht fest, dass die für Rapallo Verantwortlichen «die kostbare u(nd) mühsam wieder zusammengeleimte Vase des europäischen Vertrauens fallen

lassen und von Neuem zerschmissen» hätten.[23] Eben diese Wirkung hatte Reichspräsident Ebert befürchtet. Er war von Wirth über den bevorstehenden Vertrag mit Sowjetrußland nicht unterrichtet worden und erfuhr vom Abschluss erst aus der Presse. Das vergaß er dem Reichskanzler nicht. Seit Rapallo war ihr Verhältnis zerrüttet.[24]

Unterdessen hatte die radikale Rechte in Deutschland eine wüste Kampagne gegen die «Erfüllungspolitiker» entfesselt. Zielscheibe war wegen seiner jüdischen Herkunft besonders Außenminister Rathenau. Seit Frühjahr 1922 steigerte sich die Hetze zur offenen Morddrohung. «Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau», lautete die Schlusszeile eines an völkisch-antisemitischen Stammtischen gern angestimmten Liedes.[25] Rathenau wusste um die Gefährdung. Die Belastung durch das Amt sei an sich schon auf die Dauer physisch kaum auszuhalten, klagte er in einem Gespräch mit Harry Graf Kessler. «Aber das Schlimmste sei doch die böartige Gegnerschaft in Deutschland selbst. Jeden Tag bekomme er nicht bloß Drohbriefe, sondern auch ernstzunehmende Polizei-Anzeigen.»[26] Dennoch verzichtete Rathenau auf besondere Schutzmaßnahmen. Am 24. Juni 1922 wurde er auf dem Weg ins Auswärtige Amt von Mitgliedern der «Organisation Consul» ermordet – eines Geheimbunds, der auch schon für den Mord an dem Zentrumspolitiker und ehemaligen Finanzminister Matthias Erzberger am 26. August 1921 und das Blausäureattentat auf den ersten Ministerpräsidenten der Republik und Kasseler Oberbürgermeister, den SPD-Politiker Philipp Scheidemann, am 4. Juni 1922 verantwortlich war. «Mit grenzenloser Niedrigkeit, mit unergründlicher Gemeinheit ist Rathenau in den deutschnationalen und deutschvölkischen Versammlungen und in den meisten Blättern dieser Richtungen verleumdet und beschmutzt worden», schrieb der Chefredakteur des liberalen «Berliner Tageblatts», Theodor Wolff, in

einem Leitartikel, «und diese geistige Vorbereitung hat die Tat möglich, hat sie unvermeidlich gemacht.»[27]



Außenminister Walther Rathenau auf dem Weg in den Reichstag. Am 24. Juni 1922 wurde er wegen seiner jüdischen Herkunft besonders verhasste Industrielle von Mitgliedern der rechtsradikalen «Organisation Consul» ermordet.

Die unmittelbare Folge der Ermordung Rathenaus war ein beschleunigter Verfall der Mark. Die Reichsregierung war nicht mehr in der Lage, die im Moratorium vereinbarten Beträge zu zahlen und sah sich gezwungen, in zwei Noten vom 12. und 14. Juli 1922 um eine Befreiung von allen Zahlungen – die Sachleistungen ausgenommen – bis Ende 1924 zu bitten. Damit war Wirths «Erfüllungspolitik» an ein Ende gelangt. Poincaré glaubte seinem Ziel, «produktive Pfänder» einzufordern, näher gekommen zu sein. Zwar gewährten die Alliierten Ende August 1922 noch einmal einen Zahlungsaufschub von sechs Monaten, gleichzeitig aber erhöhte die

französische Regierung ihren Druck auf Deutschland, eine Reform der öffentlichen Finanzen in Angriff zu nehmen, wobei die Drohung mit einer Besetzung des Ruhrgebiets im Hintergrund mitschwang. [28] Für einen nüchternen Beobachter wie den britischen Botschafter in Berlin, Edgar Vincent D'Abernon, stand zu diesem Zeitpunkt fest, dass Deutschland aufgrund seiner desaströsen Finanzlage Reparationen zu zahlen nicht mehr in der Lage war. Ehe nicht die Notenpresse zum Stillstand gebracht und die Währung stabilisiert worden sei, gebe es «keine feste Basis für irgendwelche Zahlungsverprechungen». In einer Unterredung mit Reichskanzler Wirth Ende August 1922 eröffnete ihm dieser, es sei zweifelhaft, ob Deutschland angesichts des «katastrophalen Sturzes der Mark» die Bevölkerung im kommenden Winter überhaupt noch mit genügend Lebensmitteln versorgen könne. «Brot komme vor Reparationen – er habe es bereits gesagt und halte daran fest.» Es müsse «ein vollkommenes Moratorium oder eine Atempause eingeräumt werden».[29]

In einer Note an die Reparationskonferenz vom 14. November 1922 bat die Regierung Wirth um ein Moratorium für alle Barzahlungen und Sachleistungen für drei bis vier Jahre sowie um eine Rückführung der im Londoner Ultimatum festgelegten Gesamtschuld auf ein für die deutsche Leistungsfähigkeit tragbares Maß. Als Sofortmaßnahme wurde eine großangelegte Stützungsaktion der Reichsbank angekündigt, um die Währung zu stabilisieren und den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.[30] Diese Note war die letzte Amtshandlung Wirths. Noch am selben Tag trat er zurück, nachdem sein Versuch fehlgeschlagen war, die parlamentarische Basis seiner Regierung zu verbreitern. Im September 1922 hatte sich die SPD mit dem Rest der USPD zusammengeschlossen. (Die Mehrheit der USPD war nach der Spaltung der Partei im Oktober 1920 der Kommunistischen Partei beigetreten.) Das Ergebnis war ein entschiedener Ruck nach links.

Für eine Zusammenarbeit mit der DVP, die unter Führung ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann vor allem großindustrielle Interessen vertrat, war die «Vereinigte Sozialdemokratische Partei» vorerst nicht zu haben. Wirth aber hatte sein politisches Schicksal an die Bildung einer Großen Koalition gebunden, und Reichspräsident Ebert, bei dem der Stachel der Enttäuschung über die Rapallo-Politik tief saß, tat nichts, um den Reichskanzler zu halten.[31]

Zum Nachfolger Wirths ernannte Ebert am 22. November einen Mann der Wirtschaft, den Generaldirektor der Hamburger Großreederei Hapag Wilhelm Cuno. Der 1876 im thüringischen Suhl geborene promovierte Jurist hatte im Weltkrieg die Reichsgetreidestelle geleitet und war Ende 1917 als Geheimer Oberregierungsrat aus dem Staatsdienst ausgeschieden, um einem Ruf des mächtigen Reeders Albert Ballin ins Direktorium der Hapag zu folgen. Nach dem Selbstmord Ballins Anfang November 1918 übernahm er die Leitung des Unternehmens und erwarb sich einige Meriten beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Der erfolgreiche Manager gehörte keiner Partei an, stand aber der DVP nahe. Politisch war Cuno kein unbeschriebenes Blatt – er tauchte nicht «plötzlich wie Lohengrin mitten im politischen Betrieb auf», wie Botschafter D’Abernon meinte.[32] Mehrfach war er bereits als Minister gehandelt worden, und er hatte als Sachverständiger an der Konferenz von Genua teilgenommen. Damals hatte Rathenau, die Ambitionen des Wirtschaftsführers richtig einschätzend, sarkastisch bemerkt, Cuno sei «eine dicke Zigarre; man werde sie wegen ihrer schönen Bauchbinde doch einmal rauchen müssen».[33]

«Cuno baumlang, jünglinghaft, fast feminin, scheint ganz aus Grazie zu bestehen; blond bis zur Farblosigkeit», so charakterisierte ihn Harry Graf Kessler.[34] Seine Berufung zum Reichskanzler verdankte Cuno vor allem der Wertschätzung Eberts. Der Generaldirektor verfügte über gute Geschäftsbeziehungen zu den

Vereinigten Staaten und Großbritannien. Von seinem Verhandlungsgeschick und seinem gewandten Auftreten versprach sich der Reichspräsident Fortschritte bei der Lösung der Reparationsfrage. Außerdem erschien ihm der parteilich nicht gebundene Wirtschaftsexperte besonders geeignet, innenpolitisch als ein Mann des Ausgleichs zu wirken und die der Republik reserviert bis feindlich gegenüberstehende deutsche Unternehmerschaft mit der neuen demokratischen Ordnung zu versöhnen.[35]

Auch Cuno scheiterte bei dem Versuch, eine Große Koalition unter Einschluss der DVP und der wiedervereinigten Sozialdemokratie zustande zu bringen. So bildete er, ein Novum in der jungen Geschichte der Republik, ein sogenanntes «Geschäftsministerium», dem außer ihm selbst vier parteilose Fachminister angehörten: der bisherige Gesandte in Kopenhagen Frederic von Rosenberg als Außenminister; der Oberbürgermeister von Essen Hans Luther als Ernährungs- und Landwirtschaftsminister; der frühere Generalquartiermeister Wilhelm Groener als Verkehrsminister – ein Amt, das er auch schon unter Fehrenbach und Wirth bekleidet hatte; der ehemalige Staatssekretär in der Reichskanzlei Heinrich Albert als Schatzminister. Die übrigen Ressorts verteilten sich auf die bürgerlichen Parteien. Der DVP gehörten Johann Becker als Wirtschaftsminister und Rudolf Heinze als Justizminister an. Das Zentrum stellte mit Andreas Hermes den Finanzminister und mit Heinrich Brauns den Arbeitsminister. Die DDP war mit dem bisherigen Wehrminister Otto Geßler und Innenminister Rudolf Oeser vertreten. Postminister wurde Karl Stingl von der Bayerischen Volkspartei (BVP). Das wichtige Amt des Staatssekretärs in der Reichskanzlei übertrug Cuno dem DDP-Politiker Eduard Hamm. Insgesamt handelte es sich bei diesem «Kabinett der Persönlichkeiten» um eine bürgerliche Minderheitsregierung, die ohne förmliche Koalitionsvereinbarung zustande gekommen war und auf Unterstützung oder zumindest